

## Fadegrad



von  
Nina Fehr Düsel

## Am Puls der Bevölkerung

Bei den Stadtzürcher Wahlen gab es leider kein gutes Resultat für die SVP. Umso wichtiger ist es nun, die Bevölkerung in den Gemeinden «abzuholen» und die Wähler für die bevorstehenden Behördenwahlen zu mobilisieren. Auch in städtischen Gebieten müssen wir vermehrt Themen aufgreifen, welche die Bevölkerung dort beschäftigen. Und konkrete Lösungen aufzeigen. Die unbewilligte Demonstration des «Frauenbündnis Zürich» und die Sachbeschädigungen am Fraumünster sorgten beispielsweise bei der Stadtzürcher Bevölkerung für grossen Ärger. Es ist beschämend, wie in Zürich Saubannerzüge ungehemmt wüten können. Diesmal wurden einige Kleinkinder mitgeführt, welche ein Eingreifen seitens Polizei verhinderten. Das Hauptproblem liegt natürlich an der politischen Führung. Der Schaden für die Gewerbetreibenden und die Kosten für die Zürcher Steuerzahler sind in solchen Fällen immens. Man erinnere an die Europaallee, wobei dort auch viele kleine Gewerbe betroffen waren. Ausserdem gibt es auch unzählige Vorkommnisse von Hausbesetzungen in der Stadt Zürich. Beispiel Labitzke- und Koch-Areal: Über hundert Lärmklagen wurden jeweils von der Polizei bzw. von deren Leitung ignoriert. Hausbesetzungen werden in der Stadt Zürich und auch in einigen anderen Schweizer Städten seit Jahren toleriert. Als Vergleich dazu wird in München jede Hausbesetzung innert 24 Stunden polizeilich geräumt; und dies mit grossem Erfolg. Es geht auch darum, welche Zeichen man setzt. Von Abschreckung kann bei der Zürcher Praxis keine Rede sein. Konsequenzen haben die Besetzer keine zu fürchten. Deshalb haben wir – zusammen mit der FDP und CVP – im Zürcher Kantonsrat einen Vorstoss eingereicht bzw. diesen noch weiterentwickelt, welcher bei einer Hausbesetzung eine Frist von 72 Stunden ab Anzeige setzt. Somit soll eine Räumung auch problemlos über ein Wochenende möglich sein. Nach Ablauf dieser Frist muss eine illegale Besetzung geräumt sein; natürlich unter Wahrung der Verhältnismässigkeit. Auch die Sicherheit der Polizisten soll gewährleistet sein. Die Stadt Zürich soll nicht mehr monatelang bzw. jahrelang zuschauen können. Ohne Fristsetzung passiert leider nichts. Ich bekam auch viele positive Feedbacks von Polizisten, welche die bisherige, large Praxis verurteilen. Auch die Merkblätter, welche die Stadt Zürich bei Hausbesetzungen herausgegeben hat, sollen nicht als Hemmnis für eine Räumung dienen. Es ist Zeit, dass rechtsfreier Raum nicht mehr einfach toleriert wird. In der Bevölkerung wächst der Unmut. Es scheint, dass die Besetzer auch viele Informanten in der Verwaltung haben, da sie jeweils genau wissen, wann eine Liegenschaft frei wird. Nun gilt es, die brennenden Themen weiterhin aufzugreifen und den Puls der Bevölkerung zu fühlen, sodass wir möglichst viele Bevölkerungsgruppen abholen können.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Ein schmutziges Geschäft wird politisch gereinigt

Die meisten von uns können sich noch gut erinnern an die reisserischen Berichte zu den sogenannten Gammelhäusern an der Neufrankengasse. Der Startschuss für das Drama war die Ankündigung des Sozialvorstehers Golta (SP) im Mai 2015 via Tages-Anzeiger, dass man strafrechtlich gegen Hausbesitzer vorgehen werde, die sich «auf Kosten der Stadt bereichern».



Christoph Marty  
Gemeinderat SVP  
Zürich 10

Am 10.07.2015 kündigte der Vermieter Peter S. den Mietern, um die Gebäude sanieren zu können. Die Drogenszene, die sich in den Liegenschaften eingenistet hatte, war nicht mehr tragbar. Doch das Mietgericht gewährte den sogenannten «Randständigen» eineinhalb Jahre Aufschub bis zum 31. Dezember 2016. Also egal, was der Vermieter gemacht hätte, er hat keine Chance gehabt.

### 2. Akt: Die Justiz lässt sich von der Politik korrumpieren

Am 20. Oktober 2015 vermeldete die Staatsanwaltschaft die Verhaftung des Immobilienbesitzers Peter S. wegen Mietwuchers. In einer grossangelegten Aktion mit Journalisten vor Ort fand eine Polizeirazzia statt. Bei den Medienberichten entstand der Eindruck, der Vermieter sei verantwortlich für den Müll in die Wohnungen, für die Zerstörung der Sanitäreinrichtungen oder auch nur schon für die völlige Unfähigkeit von Drogensüchtigen, einen halbwegs sozialverträglichen Lebensstil zu führen. Dass das Verfahren gegen den Hausbesitzer, der für zwei Monate in Untersuchungshaft sass, hängig war, konnte man den Medienberichten nicht entnehmen. Ihm wurde vorgeworfen, er habe die Wohnungen zu völlig überzogenen Preisen an Menschen in einer Notlage vermietet. Dass dieser Vorwurf missbräuchlich war, wissen wir heute alle. Aber was ist denn aus dem so grossartig inszenierten Verfahren geworden? Wenn der damalige Besitzer S. zu Unrecht inhaftiert wurde, so müsste er dafür entschädigt werden. Falls nicht, so müsste Anklage erhoben werden. Was ist denn mit der Anklage für Delikte, die schwerwiegend genug sind, dass sie dem Verdächtigen zwei Monate Untersuchungshaft eingebracht?

### 3. Akt: Amtsmissbrauch und Rechtsbeugung mit Steuergeldern reinwachsen

Wenn man die Vorgeschichte soweit studiert hat, entsteht der Eindruck, dass dies nicht gut ausgehen kann. Ein Irrtum, wie man der stadträtlichen Wei-

sung entnehmen konnte: «Im Februar 2017 konnte die Stadt das Wohnhaus Neufrankengasse 6 mit 44 Kleinwohnungen per Dringlichkeitsbeschluss für 14 566 000 Franken übernehmen. Mit dem Erwerb durch die Stadt wurden die bestehenden Mietverhältnisse beendet [eine blanke Lüge, siehe oben], die Liegenschaft geräumt und die angespannte Situation im Quartier beruhigt.» Die angrenzende Liegenschaft mit der Nr. 14 wurde in einer separaten Weisung 2017/364 behandelt 11 484 000 Franken für 222 m<sup>2</sup> Land). Damit blieb das Geschäft, aufgeteilt in zwei Vorlagen, unter der Hürde für eine Volksabstimmung mit ungewissem Ausgang. Mit dem stadträtlichen Beschluss, den Kauf unter Umgehung des Parlaments in einer Hauruck-Aktion durchzuführen, wurden auch gleich alle Probleme, die durch die Kungelei von Justiz und Politik entstanden sind, mit dem Einsatz von Steuergeldern angeblich gelöst. Wer von der Seite der real existierenden Sozialdemokratie hier federführend war, ist allgemein bekannt. Welche willigen Kumpane er bei der Staatsanwaltschaft gefunden hat, wissen wir nicht. Wir können davon ausgehen,

dass mit der Bezahlung der exorbitanten Preise alle Ansprüche des von der Justiz drangsalierten Verkäufers im Sinne eines «Gentleman-Agreement» abgegolten wurden.

### 4. Akt: Vergeblicher Widerstand

Gegen den Kauf der drei Liegenschaften ins Finanzvermögen wurde am 8. Februar 2018 Stimmrechtsbeschwerde erhoben. Strittig war, ob der Stadtrat über den Kauf in eigener Kompetenz habe beschliessen dürfen oder dieser Entscheid in die Kompetenz des Gemeinderats fiel. Am 4. Mai 2017 wies der Bezirksrat Zürich die Beschwerde in allen Punkten ab, worauf die Rekurrierenden aus SVP und FDP den Beschluss des Bezirksrats ans Verwaltungsgericht weiterzogen. Mit dem Urteil vom 20. September 2017 hiess das Verwaltungsgericht die Beschwerde gut und hob die Beschlüsse des Stadtrats auf. Dieser zog es vor, anstelle des Weiterzugs an eine höhere Instanz, die Angelegenheit von seiner ihm hörigen Parlamentsmehrheit abnicken zu lassen. Die Linke kann schalten und walten, getragen von einer Bevölkerungsmehrheit, die wie die meisten Parla-

mentarier im Ratssaal, keine Ahnung und auch nicht wirklich Interesse daran hat, was wohlklingend formulierte Initiativen wie «wohnpolitischen Grundsatzartikel» oder «2000-Watt-Gesellschaft» in letzter Konsequenz bedeuten. Jedenfalls durfte der links dominierte Gemeinderat das vom Verwaltungsgericht als illegal erkannte Geschäft so nachträglich legalisieren.

### Der Vorhang fällt:

#### 31 690 Franken pro m<sup>2</sup>!

Die grösste Stadt der Schweiz befindet sich mitten in einem grossen Gesellschaftsexperiment mit unbekanntem Ausgang. Was die Sozialisten in anderen Ländern mit Zwang vollführten, machen sie in Zürich mit Geld: Eine Gemeinde zu schaffen, die der Verwaltung und der politischen Kaste gehört. Ist es Kernaufgabe einer Stadtregierung, die Immobilienspekulation dadurch anzuhetzen, in dem zwei direkt an den Bahngleisen gelegene, belastete Parzellen mit Abbruchobjekten darauf für Quadratmeterpreise von 31 690 Franken gekauft werden? Wohl kaum! Aber die linke Mehrheit hat die missbräuchliche Umgehung des Parlaments mit peinlichen Begründungen vollzogen und durchgesetzt. Da halfen auch die engagierten Voten der Gemeinderäte Urs Fehr und Christoph Marty von der SVP-Fraktion und die der FDP-Räte nichts.

## Neue Zahlen zur Zuwanderung

Im vergangenen Jahr stieg die Bevölkerung der Schweiz um weitere 62 600 Personen an. Dies zeigen neue Zahlen des Bundesamtes für Statistik. Der Trend dürfte so weitergehen: Im laufenden Jahr werden bis zu 75 000 neue Stellen geschaffen.

Von 2002 bis 2017 kamen mehr als 850 000 Erwerbstätige dazu. Gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitslosen drastisch. 2002 lag diese bei 3,5 Prozent, 2017 betrug die Quote bereits 4,8 Prozent. (Quellen: KOF und BFS)

### Höhere Arbeitslosigkeit

Die SVP nennt die Probleme der Zuwanderung als einzige Partei beim Namen: Höhere Arbeitslosigkeit, Dichtestress, die Verschandelung unserer schönen Landschaft, Plünderung der

Sozialwerke, Ausverkauf der Schweiz etc.

Mit der Begrenzungsinitiative der SVP können die Probleme der masslosen Zuwanderung endlich gelöst werden.



## SVP-FRAKTION GEMEINDERAT ZÜRICH

## Roger Bartholdi neuer Fraktionschef

Anlässlich der Sitzung vom vergangenen Samstag der SVP-Gemeinderatsfraktion wählte die Fraktion Gemeinderat Roger Bartholdi zum neuen Fraktionschef.

svp. Am 21.03.2018 hat Martin Götzl seinen Rücktritt als Fraktionschef auf den 07.04.2018 angekündigt, infolge



Roger Bartholdi ist der neue SVP-Fraktionschef.

beruflicher Prioritätensetzungen. Entsprechend wird das Fraktionspräsidium der SVP-Gemeinderatsfraktion neu besetzt.

Anlässlich der Sitzung vom vergangenen Samstag wählte die Fraktion Gemeinderat Roger Bartholdi zum neuen Fraktionschef.

### Langjährige Erfahrung

Roger Bartholdi wurde am 23. Februar 1969 in Zürich geboren, ist verheiratet und wohnt in Zürich-Albisrieden. Beruflich ist er Bankangestellter und Präsident des Zürcher Bankpersonalverbandes.

Roger Bartholdi ist seit Mai 2002 Mitglied des Gemeinderates der Stadt Zürich, präsierte 2016/17 als höchster Stadtzürcher das Parlament und war in der vergangenen Wahlperiode Stadtratskandidat der SVP.

## LESERBRIEF

## Thema Sozialdetektive: Zuerst denken, dann sprechen

Als Kandidat für die Sozialkommission Küsnacht interessiert mich das Gesetz zur Überwachung von Versicherten sehr. Man kann an sich begrüssen, dass bei Bedarf und Verdacht Sozialdetektive eingesetzt werden. Damit wird einerseits der Steuerzahler ernst genommen, andererseits der begründet Bedürftige geschützt. Und nicht zuletzt Prophylaxe gegen Missbrauch betrieben.

Das Referendum dürfte, sofern es denn zustande kommt, an der Urne kläglich scheitern. Die SP, die anfänglich noch überschwänglich gegen das neue Gesetz war, ist mittlerweile zurückgekrebt.

Sie hat die Aussichtslosigkeit des Referendums früh begriffen, münzt ihren Verzicht auf das Referendum jedoch um in eine haarsträubende Argumentation: es graue ihr vor einem Abstimmungskampf, da dann die SVP über Sozialhilfebezügler und Behinderte herziehen werde, so SP-Fraktionspräsident

Roger Nordmann. Diese List dürfte beim oberflächlichen Menschen durchaus verfangen und damit rechnet die SP, nicht wenig eigennützig. Die SP dient damit einmal mehr nicht der Sache – Stichwort Sachpolitik –, sondern sie dient nur sich selbst – Stichwort Interessenpolitik und Wählerfang. Die SP verliert mit diesem verzweifelten Dienen an der eigenen Klientel weiter an Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft.

Wer die Begriffe «Fake News» und «Meinungsdiktatur» hinterfragt, dürfte die Geisteshaltung hinter solchen Äusserungen schnell entlarven. Wie in vielen anderen Bereichen des Lebens gilt es auch in der Politik, wach zu sein, genau hinzuschauen und zu hinterfragen, ganz nach dem Motto: zuerst denken, dann sprechen.

Michael Schollenberger,  
Küsnacht